# «Der Regierungsrat nimmt die Lage viel zu wenig ernst»

**Illnau-Effretikon** Die Anzahl Ehen mit Minderjährigen entwickelt sich für SVP-Kantonsrat René Truninger besorgniserregend. Die Haltung des Regierungsrats ist dem Illnau-Effretiker zu passiv.

**Marco Huber**

Eigentlich wäre die Sachlage eindeutig: In der Schweiz dürfen sich Minderjährige grundsätzlich nicht verheiraten. Ab 16 Jahren gibt es relativ selten angewandte Sonderregelungen. Dabei müssen sowohl die Eltern als auch die zuständige Behörde einwilligen. Die Realität sieht aber anders aus. Die eidgenössische Fachstelle Zwangsheirat betrachtet die Entwicklung rund um Minderjährigenehen als bedenklich.

Über die letzten drei Jahre wurden im Kanton Zürich 281 minderjährige Bräute oder Bräutigame registriert. Dies geht aus Erhebungen des elektronischen Personenstandsregisters (Infostar) hervor, die der Regierungsrat kürzlich publik gemacht hat.

### Hohe Dunkelziffer vermutet

Viele Ehen, bei denen mindestens ein Partner minderjährig war, sind mutmasslich geschlossen worden, bevor die Vermählten eingewandert sind. Die Strafverfolgungsbehörden haben im selben Zeitraum ausserdem fünf Fälle registriert, die als potenziell zwangsverheiratet gelten. In den letzten fünf Jahren sind acht Eheungültigkeitsklagen eingegangen, wobei keine Ehe mit einem minderjährigen Ehepartner für ungültig erklärt wurde.

Für René Truninger sind dies alarmierende Signale. Der SVP-Kantonsrat aus Effretikon hat deshalb zusammen mit zwei Mitunterzeichnenden kürzlich eine dringliche Anfrage an den Regierungsrat gerichtet. Darin verlangt er nach detaillierten Zahlen bezüglich Ehen mit minderjährigen Partnern im Kanton Zürich und will wissen, welche Massnahmen der Regierungsrat trifft und inwiefern er sich auf nationaler Ebene für eine Gesetzesänderung starkmachen will.

«Diese Eheschliessungen, die vor allem junge Mädchen betreffen, sind in der Schweiz allesamt gesetzeswidrig.» Ausserdem schätzt er, dass es eine relativ grosse Dunkelziffer gibt, «zumal viele dieser Mädchen eher selten öffentlich über ihre Zwangsverheiratung sprechen». Truninger ist mit der regierungsrätlichen Replik nicht zufrieden. «Der Regierungsrat nimmt die Lage viel zu wenig ernst.»

### Antwort ist zu unkonkret

Die Kantonsregierung schreibt in ihrer Antwort, dass sie sich allenfalls in der Vernehmlassung zur Änderung des Zivilgesetzbuches noch konkreter äussern werde. Festzuhalten sei, ob Ehen, die von Minderjährigen geschlossen würden, in bestimmten Fällen – etwa bei elterlichem Wohnsitz in der Schweiz zum Zeitpunkt der Heirat – zwingend als ungültig betrachtet werden sollten, so der Regierungsrat.

Für Kantonsrat Truninger ist dies zu unkonkret. Er will das Anliegen in naher Zukunft auf alle Fälle weiterverfolgen. So habe er sich bereits mit einem SVP-Grossrat im Kanton Bern sowie mit Nationalräten aus den eigenen Reihen vernetzt. Eine Gesetzesverschärfung auf nationaler Ebene würde er als sinnvoll erachten. In der Zwischenzeit will Truninger mit den kantonalen Hilfestellen in Kontakt treten, um sich ein genaueres Bild zu machen.

### Auf Zanettis Spuren

Der Kanton Zürich arbeitet zur Bekämpfung von Zwangs- und Kinderehen beispielsweise mit dem Kompetenzzentrum für interkulturelle Konflikte und dem National Coalition Building Institute sowie der landesweit agierenden Fachstelle Zwangsheirat zusammen. Ihm gehe es primär um diejenigen, die sich hierzulande illegal zwangsverheirateten, sagt Truninger. Bei Paaren, die vor Jahren anderswo in minderjährigem Alter eine Ehe eingegangen seien, könne man juristisch wohl nichts mehr machen. Truningers Anliegen hängt direkt mit dem sogenannten Ordre public zusammen. Dieser definiert, inwiefern die Schweiz Bestimmungen eines ausländischen Rechts anwendet. Dies ist per Gesetz ausgeschlossen, wenn die ausländischen Bestimmungen gegen die hiesige Rechtsordnung verstossen. Eine Folge daraus sei, dass der überwiegende Teil von Minderjährigenehen anerkannt werde, sagt SVP-Nationalrat Claudio Zanetti.

Im Herbst 2017 reichte der Gossauer dazu eine parlamentarische Initiative ein, mit der er eine Verschärfung dieser Handhabung verlangte. «Die konsequente Umsetzung des Ordre public entspricht dem politischen Willen des Gesetzgebers. Die Richter können sich nicht einfach darüber hinwegsetzen», sagt Zanetti. Seinen Vorstoss hat das Parlament abgelehnt. Jetzt hofft er, dass die Zahlen zu den Kinderehen im Kanton Zürich helfen werden, die Wahrnehmung zu ändern.

# Im Oberland soll der «Ballenberg der Bahngeschichte» entstehen

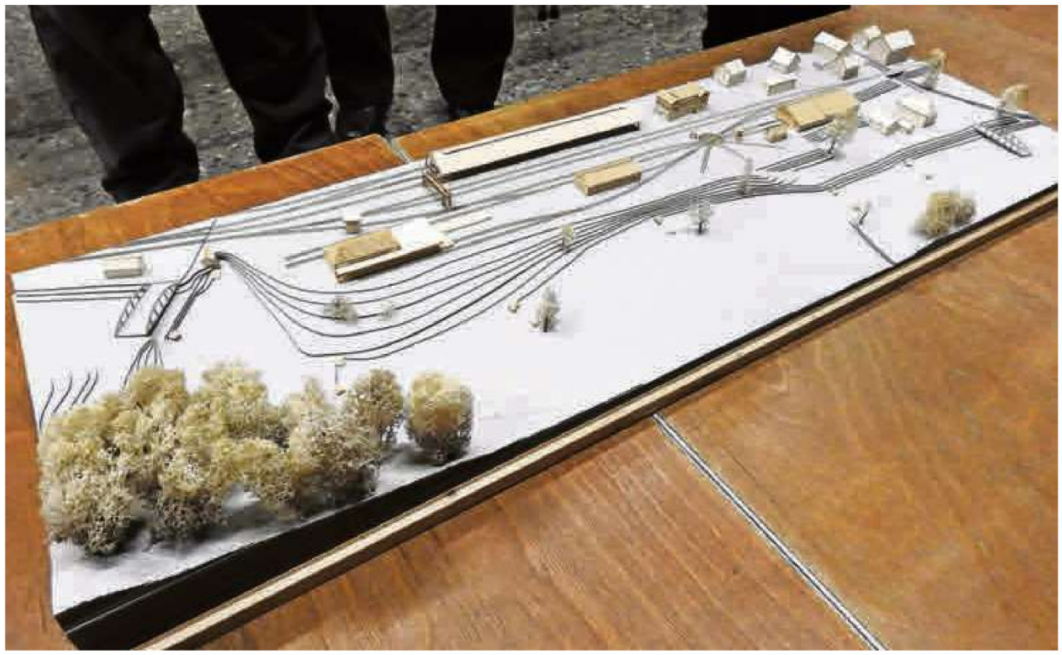
**Bauma** Der Dampfbahn-Verein stellte sein Projekt «Depotareal Bauma 2020» vor – ein ehrgeiziges Unterfangen.

«Bauma ist sich an grosse Projekte gewöhnt!» Diese eher lakonisch geäusserte Bemerkung eines Besuchers an der kürzlich durchgeführten Präsentation des Projekts «Depotareal Bauma 2020» trifft den Nagel genau auf den Kopf. Mit ebendiesem Wissen nämlich hat sich eine Gruppe ambitionierter Mitglieder des Dampfbahn-Vereins darangemacht, einen Plan auszuarbeiten, der auch einer genaueren Prüfung standhält.

Baumas Gemeindepräsident Andreas Sudler ist besonders beeindruckt vom Engagement der beiden treibenden Kräfte Florian Vogel und Christian Schlatter. Zudem ist es gelungen, mit dem kantonalen Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (Awel) und den SBB zwei Partner ins Boot zu holen, die dem Vorhaben das erforderliche Gewicht verleihen.

### Immer mehr Besucher

Die Erhöhung des Perrons am Bahnhof Bauma erschwert den Zugang zum Depotareal nicht nur für die Dampfbahnbetreiber. Um dem Umstand der steigenden Beliebtheit der Museumsbahnen und den damit verbundenen immer höheren Besucherzahlen Rechnung zu tragen, ist eine Lö-



Das geplante Depotareal im Modell: links die Sternenberger Brücke über die Töss, deren Verlauf vom Bahnhof weg korrigiert wird. Foto: Willy Roth

mehr Platz zu schaffen. Dank es sich die Initianten vor, könnte legungen einbezogen wie die ak- chen dabei eine nicht uner

Leaflet